



Die Demütigung Russlands und die neue Lektion

Legendenbildung und Machtspiel

Im Jahr 2013 äußerte ein polternder russischer Außenminister im Zusammenhang mit Syrien, man werde den USA eine „Lektion erteilen“. Friedensnobelpreisträger Barack Obama hatte selten Lust, mit Wladimir Putin zu sprechen. Durch die Ukraine-Politik des Kreml ging diese Lust völlig verloren. Putin war oft isoliert, nahm an keinen wichtigen Konferenzen in Europa mehr teil und tröstete sich mit Reizfotos der Umarmung von FIFA-Boss Sepp Blatter oder anderen zwielichtigen Gestalten. Doch er begann auch zu drohen. Durch Riesen-Paraden auf dem Roten Platz setzte er das äußere Zeichen. Dazu kam die KGB-Schulung: mit Intrigen-Politik destabilisieren, einschüchtern und gefügig machen der Gegner. Mit der Flüchtlingsbedrohung Europas kam der entscheidende Schalthebel.

Seit Jahren erlebt man in Deutschland das Schauspiel der gegenseitigen Beschimpfung von Putin-Freunden und Putin-Gegnern. Alte Seilschaften von Linken, neue Clans von Superreichen, Bewunderer von Macht und Größe („ein kleiner Hitler“ wäre schon recht), nüchterne Politanalysten oder romantische Anhänger der historischen deutsch-russischen Freundschaft stehen auf der einen Seite. Erinnerungen an die reale Geschichte und Gegenwart stehen auf der anderen Seite. Doch die reale Gegenwart kann man sich auch zurechtbiegen.

Russland fühlt sich gedemütigt – zu Recht?

Im Zusammenhang mit „25 Jahre Deutsche Einheit“ taten sich viele hervor, die den Weg zur großartigen Wiedervereinigung der geteilten Nation im Zentrums Europas beschrieben. Noch immer haben aber nicht die gelehrten Historiker das Wort, sondern die Zeitgenossen. Nicht wenige von letzteren biegen sich das Geschehen zurecht. Es geht ja auch darum, wer den größten Anteil am Freudentaumel besitzt. Gönnst man Helmut Kohl den Titel „Kanzler der Einheit“? Hat Willy Brandt mit seinem Satz „Es wächst zusammen, was zusammengehört“ mehr Verdienste? Hatte Oskar Lafontaine, der SPD-Chef 1989/90, nicht Recht, als er vor den finanziellen Folgen einer Vereinigung warnte? Hatten die Menschen, die in Leipzig und vielen anderen DDR-Städten oftmals auf die Straßen gingen, den größten Anteil? Oder war es nicht der großzügige und gutmütige Michail Gorbatschow, der den Deutschen Einheit und Frieden schenkte? Letzterer Mythos wurde lange gepflegt, und zwar nicht nur von den Freunden des Sowjetchefs. Doch immer häufiger muss man jetzt die Verbitterung des alten Herrn erleben, weil er angeblich über den Tisch gezogen worden sei und weil sich Deutschland nicht dankbar genug erweise, sondern an einer „Demütigung Russlands“ mitwirke. Je lauter Putin jetzt gegen den Westen droht, desto intensiver werden Gorbatschows Erinnerungen – er muss sich vor seinem eigenen Volk verantworten.

Die russische Mär von der Beschränkung der NATO

Niemand, der dabei war, und auch bisher kein einziger Historiker erinnert sich oder findet ein Schriftstück, das eine Ausdehnung der NATO über seinen bisherigen Einflussbereich verboten hätte. Über einen derartigen Vertrag sprach man nicht, als 1990 die Geschehnisse ihren Lauf in Richtung Deutsche Einheit nahmen. Das einzige Festgehaltene war im „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ die Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO, auf Wunsch der USA und später ironisiert durch Gorbatschow, der meinte, dass Washington das neue Deutschland damit im Griff behalten wollte. Niemand suchte damals die Geschehnisse negativ zu beeinflussen, also hielt man sich zurück mit weitergehenden Überlegungen. In Deutschland machte sich Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg ab dem 3. Oktober 1990 umgehend daran, die „Armee der Einheit“ zu schaffen. Wie schnell sich in den ebenfalls frei werdenden Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes Hoffnungen auf den „Schutz durch die NATO“ breit machten, müssten dortige Historiker niederschreiben. Bonn war es jedenfalls nicht, das den Startschuss setzte. Erst einige Jahre später, als die Gesuche der östlichen Nachbarn Deutschlands nach einem Beitritt zur NATO auf dem Tisch lagen, half auch die deutsche Bundesregierung mit. Die philologische Auseinandersetzung eines „Öffnens“ oder einer Ausdehnung („Expansion“) haben damalige Sicherheitspolitiker für immer im Gedächtnis.

Hebt Syrien die angebliche russische Demütigung auf?

Plötzlich bietet sich eine große Lücke, in die Russland zur Befriedigung seines Minderwertigkeitsgefühls hineinstoßen will. Eine Demütigung war es zwar nicht, sondern selbstverschuldeter Niedergang, der Moskau vorübergehend unattraktiv machte. Die deutsche Hoffnung, durch freundliche Gespräche einen Beitrag zu echter Demokratie in Russland erbringen zu können, zerstob, als auf dem Kaukasus brutale Kriege geführt wurden (Tschetschenien, Georgien, Abchasien) und als auch die Ukraine gemaßregelt werden sollte (Krim, Ostukraine). Putin ist an echter Demokratie und Machtwechsel in seinem Land längst nicht mehr interessiert. Das ganze raffinierte System früherer Jahrzehnte feiert neue Urstände. Da kommt das Drama um Syrien gerade recht. Obama wollte dort nach den militärisch-politischen Pleiten im Irak und angesichts seiner diplomatischen Erfolge mit dem Iran und Kuba kein neues Risiko eingehen. Syrien interessierte ihn nicht wirklich. Aber in Washington kommt man leicht unter Druck, wenn man irgendwo in der Welt nicht den Befehlshaber spielt. Putin hatte die Zügel in die Hand genommen. Jetzt schien die Zeit reif zu sein, auf gleicher Augenhöhe zwischen Obama und Putin ins Gespräch zu kommen.

Was könnte das Ergebnis für Syrien, für den Frieden im Nahen Osten, für die deutsche Ruhe und die bayerische Zufriedenheit sein? Seit den Zeiten, als syrische Geheimdienstler von DDR-Spezialisten ausgebildet wurden und als Moskau der Schutzherr über Syrien und Ägypten war, haben deutsche Geheimdienste gute Kontakte zu Damaskus. Wann immer deutsche Geiseln aus den Händen von Islamisten frei kamen, war die syrische Regierung hilfreich. Ob sie vorher bei der Geiselnahme mitwirkte, konnte nicht bewiesen werden. Aber ihre Finger haben solche Regime immer mit im Spiel.

Müssen jetzt aber, eventuell aus DDR-Treue, deutsche Soldaten in Syrien mitmachen, wie man allerorten hört? Um den Terror der Islamisten gegen den Terror von Assad-Putin auszutauschen? Vielleicht sogar unter russischem statt westlichem Oberbefehl? Reißen dann die Flüchtlingsströme nach Europa ab? Es wäre gut, einen klaren Kopf zu behalten. Wenn die neue CSU-Außenpolitik („wir brauchen Putin“ statt wie bei Strauß „Wir fordern von Moskau“) deutliche Vorstellungen zum Abwürgen der Flüchtlingsströme vorweisen würde, dann könnte Seehofer (oder Söder) mit einem ihrer berühmten „Zehn-Punkte-Pläne“ an die Öffentlichkeit gehen. Sie könnten ohne neue Feinbilder in den eigenen Reihen (Bundeskanzlerin) einen wahren Beitrag für ein weiterhin friedliches Deutschland leisten. Für spätere Legendenbildungen oder auch Demütigungen hätte man dann etwas Schriftliches zur Hand – anders als beim angeblichen Versprechen, die neuen freien Staaten in Ostmitteleuropa „Nato-frei“ zu halten.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de